

# Das Geld der Wähler schützt man anders

Noch wehrt sich Deutschland gegen einen größeren Rettungsschirm in der Krise. Doch das ist unsinnig

Melvyn Krauss

Einmal mehr schürt die Debatte über die Brandmauer, die ein Übergreifen der Krise von Griechenland auf die anderen Peripherieländer verhindern soll, Zweifel. Ist Deutschland wirklich bereit, Führung in der Europäischen Union zu übernehmen?

Berlin besteht darauf, dass 500 Mrd. Euro die Obergrenze für den neuen ständigen Rettungsfonds sein soll, obwohl alle anderen – einschließlich Deutschlands Kampffahrten Finnland und die Niederlande – die Brandmauer auf mindestens 750 Mrd. Euro aufstocken wollen.

Was nutzt eine Brandmauer, die zu klein ist? Erkennt Deutschland denn nicht, dass durch eine Mauer unbestränkter Stärke die Bedrohung des Euro durch Griechenland geringer wird? Und doch weigert sich Bundeskanzlerin Angela Merkel einzulenzeln, denn sie will ihren Leuten zu Hause zeigen, dass sie das Geld der Deutschen schützt.

Tatsächlich aber würde deutsches Geld besser geschützt, wenn die Kanzlerin mehr zusage, um die Brandmauer zu stärken. Hier geht es um Glaubwürdigkeit und Abschreckung. Je mehr Geld für den ständigen Rettungsfonds zugesagt wird, desto größer ist dessen Glaubwürdigkeit und desto weniger wird er wohl genutzt werden müssen.

Doch die Innenpolitik erschwert Merkel, das Richtige zu tun – und Deutschland bekommt obendrein eins auf die Nase. Vergangenes Wochenende auf dem G20-Gipfel in

Mexiko-Stadt wurde Deutschland enorm unter Druck gesetzt, den Beitrag zu erhöhen. Insbesondere die USA und der Internationale Währungsfonds (IWF) arbeiten eng zusammen, um Merkel dazu zu bewegen, den Einsatz zu erhöhen.

Vor Kurzem wurde US-Präsident Barack Obama auf einer privaten Spendenveranstaltung in Kalifornien gefragt, was im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im November seine größte Sorge sei. Es heißt, er habe „Europa“ geantwortet. Da überrascht es nicht, dass US-Finanzminister Tim Geithner Deutschland drängt, das Engagement für den Rettungsfonds zu verstärken. Es heißt, er soll zu diesem Zweck auch IWF-Chefin Christine Lagarde ins Boot geholt haben.

Vergangene Woche bekräftigte Lagarde, sie binde ihre Unterstützung für eine Erhöhung der IWF-Ressourcen – was Deutschland wünscht, denn je mehr der IWF hat, desto mehr kann er Europa geben – an einen größeren Rettungsfonds für die Euro-Zone. Spielt Deutschland also bei einer größeren Brandmauer nicht mit, spielen auch Lagarde und der IWF nicht mit.

Wer ist der Sieger in diesem Kräftemessen? Bestimmt nicht der Euro. Da Merkel bereit ist, eine zu schwache Brandmauer zu riskieren, hat sich die ganze Welt gegen sie vereinigt. Das ist nicht die Art Führung, die die Welt von Europas größter Wirtschaftsmacht erwartet.

**E-Mail** [leserbriefe@ftd.de](mailto:leserbriefe@ftd.de)  
**Melvyn Krauss** ist emeritierter Wirtschaftsprofessor der New York University.

# Was würde Ludwig Erhard sagen?

In Deutschland werden Energieeinsparverpflichtungen kritisch gesehen. Manche halten sie sogar für Planwirtschaft. Dabei passen sie sehr gut zur sozialen Marktwirtschaft

Meg Gottstein

Knapp 55 Jahre sind vergangen, seit ich Mitte der 70er-Jahre nach Deutschland kam, um an der Universität Tübingen Ludwig Erhards Wirtschaftswunder zu studieren. Nun hat mich mein Beruf zurückgeführt, um die deutsche Energiewende zu begleiten. Und nichts ist heute so aktuell wie die Vision Ludwig Erhards, die mich ursprünglich hierhergeführt hat.

Das Gelingen der Energiewende wird im hohen Maße davon abhängen, wie erfolgreich hierzulande die Energieeffizienzpolitik gestaltet wird. Und wie eine solche Politik vielleicht ein zweites Mal jenes kluge Zusammenspiel von Marktordnung und Marktkräften ermöglicht, das die soziale Marktwirtschaft auszeichnet. Warum aber sollte ausgerechnet das sperrige Thema Energieeffizienz zum Leitmotiv einer neuen sozialen Marktwirtschaft, eines neuen deutschen Wirtschaftswunders werden?

Die Bedeutung der Energieeffizienz für die Energiewende ist unumstritten. Was für mich jedoch die wichtigste Lehre der Erhard-Politik ist: Eine Steigerung der Energieproduktivität durch mehr Effizienz ist entscheidend, um in der gegenwärtigen Krisensituation Wirtschaftswachstum zu stimulieren.

Ein Instrument zur Steigerung der Energieeffizienz wird derzeit im Rahmen der europäischen Energieeffizienzrichtlinie diskutiert: die sogenannten Energieeinsparverpflichtungen. Während weltweit über 50 Länder, Bundesstaaten und Regionen solche verbindlichen Energieeinsparverpflichtungen bereits erfolgreich umgesetzt haben, werden sie in Deutschland schlicht abgelehnt. Der im Lande Ludwig Erhards schlimmste Vorwurf lautet: Planwirtschaft. In Wirklichkeit jedoch weist das Konzept der Energieeinsparverpflichtungen zentrale Parallelen zu Erhards Ideen auf – es ist ein Konzept, das geeignet ist, ein neues, ein Wirtschaftseffizienzwunder anzustoßen.

Erstens. Genau wie bei Erhard geht es darum, „den Kuchen zu vergrößern“. Wachstum soll nicht begrenzt werden, sondern im Gegenteil: Wachstum soll durch eine Steigerung der Produktivität gefördert werden. Zu Erhards Zeiten ging es dabei vorrangig um die Arbeitsproduktivität. Heute geht es zusätzlich um die Energieproduktivität.

Während Erhard also ein leidenschaftlicher Befürworter einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft war, erkannte er doch die Notwendigkeit, der Steigerung der Produktivität einen Wert, einen Nutzen zu geben. Daraus leitete er ab, dass die Menge der Geldelheiten, mit denen Güter, Dienstleistungen und letztlich Arbeitskraft bezahlt werden, kontrolliert und bewusst gesteuert werden müsse. Es ging also um die Steuerung der Geldmenge durch die Zentralbank. Das heißt, dass die Geldmenge zwar wachsen kann und soll – jedoch immer gekoppelt an eine Steigerung der Produktivität.

Was die Geldmenge in Euro und Cent als „Währung“ für den gesamten Austausch von Waren und Dienstleistungen ist, sind Kilowattstunden und Wärmeinheiten als „Währung“ für Energiedienstleistungen wie Licht, Heizungen oder Antriebsmotoren. Wie von Erhard angestrebt, schaffen auch Energieeinsparverpflichtungen also einen Link

Kontrolle der umlaufenden Geldmenge bei der Bundesbank. Einen solchen Akteur brauchen wir auch für das Ziel, die Energieproduktivität der Volkswirtschaft durch marktwirtschaftliche Anreize kontinuierlich zu steigern. Verschiedene Akteure können hierfür infrage. In Kalifornien und Dänemark sind es die Netzbetreiber, im US-Bundesstaat Vermont ist es eine dafür eigens geschaffene Institution – sie sind jeweils von der Regierung beauftragt, für die Erreichung der Ziele am Markt zu sorgen.

Drittens: In beiden Modellen wird durch diese Akteure ein öffentliches Budget strategisch so eingesetzt, dass Anreize für private Investitionen ausgelöst werden. Und: Am Ende hat der Bürger mehr Geld im Portemonnaie, da die aus Steuergebern finanzierten Programme ein Vielfaches an Mehrwert für die Allgemeinheit auslösen.

In der Erhard'schen Denke macht die Investition öffentlicher Gelder in Energieeffizienz vor allem

„Es wird eine großartige Chance vertan: die Chance auf ein Wirtschaftseffizienzwunder“



**MEG GOTTSSTEIN** ist Direktorin beim Regulatory Assistance Project (RAP), einer internationalen Nichtregierungsorganisation in den Bereichen Energie und Umwelt.

zwischen der Währungsmenge und dem Anstieg der Produktivität. Das heißt, Kilowattstunden und Wärmeinheiten werden wirkungsvoller genutzt.

Die Behauptung, dass von der EU-Kommission angestrebte Ziel einer jährlichen Energieeffizienzsteigerung um 1,5 Prozent bedeute eine mengenmäßige Begrenzung des Wirtschaftswachstums, ist schlicht falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Der Wert von 1,5 bedeutet nämlich keine absolute Begrenzung des Energieverbrauchs, sondern markiert den angestrebten jährlichen Zuwachs an Energieproduktivität. Schließlich bedeutet auch das von der Europäischen Zentralbank verfolgte Ziel, eine Inflationsrate von 2,0 Prozent zu erreichen, keine Begrenzung des Wirtschaftswachstums.

Zweitens: Sowohl in der Erhard'schen Marktwirtschaft als auch bei der Energieeinsparung wird ein bestimmter Akteur für das Ergebnis verantwortlich gemacht. Den Vorbildern erfolgreicher Marktwirtschaften folgend, institutionalisierte Erhard die

deshalb Sinn, um damit Hürden zu beseitigen, die private Investitionen verhindern. Bisherige Beobachtungen sprechen dafür, dass das funktioniert. Tatsächlich legen die Erfahrungen nahe, dass über die Lebensdauer einer Effizienzmaßnahme das Drei- bis Fünffache der bereitgestellten öffentlichen Mittel erwirtschaftet wird.

Wie Energieeinsparverpflichtungen in Deutschland designt werden könnten – dafür gibt es viele Schnittmuster. Es wird Zeit, Nadel und Faden aus der Schulade zu holen und eine Energieeffizienzpolitik zu schneiden, die zu Deutschland passt.

Die schlichte Ablehnung der Energieeinsparverpflichtungen als „Planwirtschaft“ jedenfalls zeigt, dass Deutschland sich von den Einsichten Ludwig Erhards verabschiedet. Vor allem aber wird damit eine großartige Chance vertan: die Chance auf ein Wirtschaftseffizienzwunder.

**E-Mail** [leserbriefe@ftd.de](mailto:leserbriefe@ftd.de)

## POSTEINGANG

**Zum Leitartikel Kopflos zu Klarsfeld** über die Kandidatenkür der Linken für die Wahl des Bundespräsidenten  
**FTD VOM 28. FEBRUAR**

### Scheuklappen denken

Da scheint immer noch ein Journalist zu glauben, dass die Linke Gauck wegen seiner Stasi-Jäger-Vergangenheit nicht wählen will. Dass Gauck aber für viele Menschen schlicht für einen falschen Freiheitsbegriff, für soziale Käse und für spalterisches Potenzial steht, wird wieder einmal ignoriert.

Der Rest dieses Artikels unterstellt Streit, wo er gar nicht stattfindet. Klar gab's mehrere Kandidaten, aber die wurden keineswegs entwürdigt, sondern trotz gegenteiliger Vorschläge nie diskreditiert. Angesichts der Situation hat die Linkspartei das noch gut gemanagt und die Kurve gekriegt. Aus dem Artikel spricht sehr viel Voreingenommenheit und Scheuklappendenken.  
**Axel Hylla, Berlin**

**Zum Artikel Griechen gerettet, Merkel geplättet** über die Bundestagsabstimmung zum zweiten Griechenland-Rettungspaket  
**FTD VOM 28. FEBRUAR**

### Nur Häme und Spott

Wegen permanenter Verstöße gegen den Maastriicht-Vertrag gehören diese Politiker vor Gericht. Wenn wir pleite sind, sehen wir weder hilfreiche Griechen noch eine

Stütze der EU, das Einzige was uns erwartet ist Häme, Spott und ein Vergleich mit Faschisten.  
**Xaver Wohlgenut, Oberndorf**

**Zum Gastkommentar von Wladimir Putin** Wir werden unsere Arme aufrüsten  
**FTD VOM 21. FEBRUAR**

### Keine Gefahr

Jetzt strebt Putin als wahrscheinlicher neuer Präsident danach, das russische militärische Potenzial und indirekt auch die Wirtschaftskraft nachhaltig zu stärken. Diese Entwicklungen sollen uns im Westen so lange nicht als gefährlich erscheinen, als in der russischen Militärdoctrin die Abschreckung und nicht die Kriegsführung oberste Priorität hat und Russland sich in seinem außenpolitischen Verhalten an die Prinzipien des internationalen Rechts hält.  
**Georg Vancura, Buchs/Schweiz**

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: [leserbriefe@ftd.de](mailto:leserbriefe@ftd.de), per Fax: 040/37 03 84 34 oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg. Kennwort: Leserbriefe

### Volker Seitz

In regelmäßigen Abständen wird kunstlich Zuversicht über Afrikas wirtschaftliche Entwicklung verbreitet. Argumente sind günstige Aktienbewertungen und Konjunkturprognosen. Ein enormes Potenzial wird bereits jetzt Jahren propheszeit, wie auch kürzlich in einem Gastbeitrag in der FTD von Dambisa Moyo, einer Ökonomin aus Sambia. Doch die These, der Kontinent befände sich grundsätzlich auf gutem Wege, hält der Nachprüfung nicht stand.

Anleger und Investoren müssen schon sehr risikofreudig sein, wenn sie politische Instabilität und nicht verlässliche Rahmen außer Acht lassen. Auch bei der gängigen Bewertung der menschlichen Entwicklung – Bildung, Gesundheit, gutes Regierungsmanagement, Korruptionsbekämpfung, Rechtssystem und -kultur – schneiden viele afrikanische Staaten schlecht ab. Es fehlt immer noch an transparenten Entscheidungsverfahren. Nicht selten entscheidet der Präsident selbst. Macht wird über informelle und Klientelistische Netzwerke ausgeübt.

Bis heute haben die lokalen Entscheidungsträger den intraregionalen Handel vernachlässigt. Er beträgt nur zehn Prozent des Handels in Afrika. Innerafrikanische Schranken und die Intransparenz der Machteliten können wichtige Marktanteile. Vereinbarungen mit den unmittelbaren Nachbarn werden – nach Unterscheidungen des südafrikanischen Instituts Idasa – nicht umgesetzt. Hohe Bestechungsgelder und stundenlange Wartezeiten an Kontrollpunkten bremsen den Handel.

In einer Untersuchung für die Staatschef der Afrikanischen Union vom Januar 2012 steht: „Innerafrikanische Grenzformalitäten sind bürokratisch, kostspielig und langsam. Die

Transportkosten innerhalb Afrikas sind durchschnittlich 63-mal so hoch wie in den Industrienationen.“

Ökonomische und politische Strukturen müssen stärker auf die benachbarten Regionen ausgerichtet werden und weniger auf den Weltmarkt. Auf dem Kontinent gibt es zum größten Teil gar keine wettbewerbsfähigen Unternehmen. Afrika, insbesondere die Subsahararegion, bleibt zwar eine Welt voller Chancen. Aber Geschäfte sind riskant.

Ohne die Rückendeckung von Kreditversicherungen wird kaum ein deutscher Unternehmer Technologie liefern oder Produktionen aufbauen. Der Kontinent ist bislang fast ein rei-

**Afrika bleibt zwar eine Welt voller Verlockungen. Aber Geschäfte sind riskant**

ner Hofflofferland. Die teils märchenhaften Wachstumsraten gehen auf die Ausfuhr von Rohstoffen zurück und nicht auf eine solide Wirtschaftspolitik. Afrika zählt rund 20 Staaten, die hohe Einkommen aus Rohstoffen haben. Kenia und die Elfenbeinküste haben besonders großes wirtschaftliches Potenzial. Dennoch zeigten Gewaltausbrüche im Umfeld von Wahlen, dass in den Ländern ein positives Demokratieverständnis fehlt.

Nach einem Ende November 2011 im britischen Parlament vorgelegten Bericht hat der Kongo rund 5,5 Mrd. Dollar an Einnahmen verloren, weil die Führungsclique des Landes gegen Schmiergeld die wertvollen Bergbaukonzessionen verschleudert hat. Der Kongo, Gabun, Angola und Äquatorialguinea gehören zu den Beispielen, dass Rohstoffe allein noch keinen Wohlstand bedeuten.

Nigeria als größter Ölexporteur Afrikas ist nicht in der Lage, in seinen vier staatlichen Raffinerien das Öl in ausreichenden Mengen in Benzin zu verarbeiten. Das Land ist auf Benzinimporte angewiesen. Die Stromversorgung dort und in großen Teilen Afrikas ist ein Desaster. In Südafrika mischt sich der Staat immer stärker mit immer neuen Arbeitsgesetzen und Abgaben in den Privatsektor ein. Die Flughäfen sind in manchen Staaten in einem beklagenswerten Zustand. Pisten werden nicht beleuchtet, Notstromaggregate sind defekt, es fehlt an Ersatzteilen, und die Zahl der Unfälle ist nirgends höher als in Afrika. Oft fliegt man in die Nachbarländer rascher und sicherer über Europa.

Aber es gibt auch positive Entwicklungen: Fast überall in Afrika wächst eine Mittelschicht heran, die sich allerdings wenig um Politik kümmert. Erfolgreiche Händler, Handwerker, Lehrer, Anwälte – diese Menschen sind nicht reich, aber sie brauchen keine Hilfe. Ein friedlicher Machtwechsel nach knappem Wahlausgang wie in Ghana im Januar 2009 und in Sambia 2011 war früher undenkbar.

Der Präsident von Ruanda, Paul Kagame, hat eine Vorstellung, wie Wachstum und Jobs geschaffen werden. Er ist ein Praktiker und Macher. Seine Ideen und Fähigkeiten kommen vorwiegend durch Probieren und Ab-schauen in Asien zustande. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen sind ausreichend kalkulierbar. Es gibt ein funktionsfähiges öffentliches Finanzmanagement. Die Reformen werden dem Land nicht von außen auferlegt, sondern wurden von der Regierung und Verwaltung selbst entworfen.

Ruanda ist keine Demokratie, wie uns uns gefällt, es gibt keine Zivilgesellschaft, keine Opposition. Das wird gerechtfertigt mit der notwendigen Versöhnung des ethnisch immer noch

gespaltenen Landes. Aber es ist ein Staat, der aufgrund von hoher Eigenverantwortlichkeit, einer autonomen Steuerbehörde, einer fiskalischen Dezentralisierung, einem unabhängigen Rechnungshof und der Förderung der Frauen wesentlich besser vorankommt als die meisten anderen Staaten in Afrika. Die Weltbank zeichnete Ruanda in ihrem jährlichen „Doing Business“-Bericht zum zweiten Mal in Folge als weltweit führenden Reformeur aus.

Hervorragend ist die Initiative der Deutschen Wirtschaft SAFRI vom Afrika-Verein (AV), dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), die im südlichen Afrika junge Unternehmer und Manager in moderner Unternehmensführung ausbilden. Den richtigen Weg weist auch das „10.000-Frauen-Programm“ von Goldman Sachs, das benachteiligten Frauen aus Entwicklungsregionen eine betriebswirtschaftliche Ausbildung finanziert. Diese Förderung entspricht einer der wichtigsten Beobachtungen in Afrika: die Kluft zwischen der Tüchtigkeit vieler Frauen und der häufigen Tragheit bei Männern.

Vor der Afrikanischen Union in Addis Abeba im Juni 2011 beendete US-Außenministerin Hillary Clinton ihre Rede mit dem großartigen Satz: „Wenn alle afrikanischen Frauen, vom Kap bis Kairo, sich entschlossen, eine Woche nicht zu arbeiten, würde die gesamte Wirtschaft des Kontinents wie ein Kartenhaus zusammenfallen.“

**E-Mail** [leserbriefe@ftd.de](mailto:leserbriefe@ftd.de)  
**Volker Seitz** ist Diplomat und Autor des Buches „Afrika wird arm-regiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann“.

## IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionale Pflichtblatt für acht deutsche Verlagsgebiete.  
**Chef der Redaktion:** Stefan Küstermann  
**Chefredakteur:** Stefanie Burgmaier (Bonn, Online), Dr. Michaela Förster (Impressum), Stefan Küstermann (Capital, FTD)  
**Selbstverlegende Chefredakteur:** Christian Baumig (Capital), Sven Clausen (FTD), Gerson Klose (Börse Online), Paul Frenzel (Capital), Stefan Waeigel (FTD)  
**Artdirektor:** Dominik Arnold  
**Carsten Ludemann (S&P)**  
**Geschäftsführende Redakteur:** Ina-Birgit Arnold  
**Chef von Dienst:** Cosima Jäkel, Sven Sorgfried (S&P)  
**Bildred:** Peter Hoffels, Jose Barro (S&P)  
**Kommentarchef:** Dr. Anton Noz  
**Unternehmens:** Guido Wilmanns (Lg.), Jim Treusch (S&P)  
**Politik:** Andreas Theysen (Lg.), Ulrike

**Socials (S&P)**  
**Finanzen:** Tim Bartz (Lg.), Christian Kirchner (S&P)  
**Geld:** Johannes Marsch (Lg.), Helmut Kipp (S&P)  
**Agenda:** Horst von Buttar (Lg.), Claus Groppe (Lg.)  
**Verantwortlich im Sinne des Presse-rechts:** Stefan Küstermann  
Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.  
**Financial Times:** „Financial Times Deutschland“ und „FTD“ are registered trademarks of The Financial Times Limited and used under license.  
The Financial Times Limited is neither the publisher nor responsible for the content of this publication.  
**Grü Wirtschaft:** **Finanzen AG & Co. KG**  
Am Baumwall 11, 20459 Hamburg  
Bischoff 02, 20444 Hamburg  
Tel.: 040/37 03 84 30

**Verlagsgeschäftsführer:** Ingrid M. Haas  
**Verlagsleitung:** Jan Hornet, Dr. Albrecht von Arnswaldt  
**Gesamtschäftsführer:** Helmut Kipp  
**Anzeigenleiter:** Iris Kauerauf, Leona Frenzel  
Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.  
**ISSN 1615-4118**  
**Nachdruckliche Syndikation:** Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination Petra Marrens, Anfragen: Isabella Kamrad, Tel.: 040/37 03 23 90, 1-3, 20355 Hamburg  
**Druck:** Presse-Druck- und Verlagsges., 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Druckvertriebs- und Verlagsges., 68169 Mannheim; Druck- und Verlagsges. GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berlin-Zeitungsverlag GmbH, 10555 Berlin